

nachrichten

Prügelstrafe

Die malaysische Polizei bringt der jüngeren Generation bei, was für Konsequenzen kriminelles Handeln mit sich bringt. So wurde Schulkindern erst kürzlich vorgeführt, wie schlecht Kriminelle in Gefängnissen behandelt werden. Diese landesweiten Veranschaulichungen gehören zu der neuesten Serie der Bewegung zur Verhinderung von Jugendgewalt. Es wurde berichtet, dass viele Schüler von den Vorführungen regelrecht geschockt waren. Manche von ihnen hielten sich ihre Augen und Münder zu, als mit dicken Stöcken auf das Gesäß der menschenähnlichen Puppe eingeschlagen wurde. »Ich würde definitiv meine Familie anweisen, keine kriminellen Handlungen zu begehen. Die Verletzungen sind schrecklich...«, so ein elfjähriger Schüler.

Obwohl die Schulleitungen eher skeptisch sind, dass die Vorführungen einen andauernden Effekt haben werden, sind die Gefängnisleitungen optimistisch: »Die Menschen können selbst sehen, wie die Bestrafung aussieht und das ist genug, um diese jungen Leute von kriminellen Handlungen abzuhalten«, erklärte der Gefängnisdirektor von Taiping. Die regierungsnahen Menschenrechtskommission *Suhakam* verurteilt diese Aktion scharf, denn sie widerspricht den internationalen Konventionen zum Schutz der Kinderrechte und gegen Folter. Mittlerweile denkt die Regierung über eine Einstellung dieser Vorführungen nach.

vgl.: webindia123.com, 29.5.2004; AFP, 27.5.2004; The Star, 1.6.2004

China will Kooperation ausbauen

Malaysia und China haben bekannt gegeben, dass sie ihre bilaterale Kooperation ausbauen wollen. In einem Interview mit Xinhua erklärte der malaysische Premier Abdullah Ahmad Badawi, dass die Beziehungen zwischen Malaysia und China sehr gut seien und alle Bereiche und Aktivitäten umfassen. Bereits seit 30 Jahren bestehen diese guten Beziehungen, die sowohl China als auch Malaysia viele, und vor allem ökonomische, Vorteile gebracht haben. Badawi möchte nun auch eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik, insbesondere der Biotechnologie und der Informations- und Kommunikationstechnologie anstreben.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass Malaysia den vollen Marktwirtschaftsstatus Chinas als drittes Land weltweit, nach Neuseeland und Singapur, akzeptiert. Allerdings warnt Badawi seine Landsleute

davor, China nur als eine Goldgrube zu sehen, aus der man lediglich das schnelle Geld schöpfen will. Man braucht neben hervorragenden ökonomischen, strukturellen und physischen Kenntnissen einen langen Atem und viel Feingefühl, um auf diesem riesigen aufsteigenden Markt Fuß fassen zu können.

Gleichzeitig lädt er chinesische Geschäftsleute ein, in Malaysia zu investieren, schlägt es doch immerhin eine Brücke zu den 550 Millionen Menschen, die zur ASEAN gehören. Außerdem habe Malaysia bereits früher schon als Vermittler zwischen China und Indien aufgrund der außergewöhnlich guten Beziehungen Malaysias zu Indien fungiert. Malaysia könne dann auch weiterhin als »customer service centre« für chinesische Firmen tätig sein, so Badawi.

vgl.: Xinhua, 20.5., 29.5., 30.5.2004; The Star, 1.6.2004

Gefängnistore geöffnet

Malaysia hat am letzten Mai-Wochenende 2004 die Tore eines Hauptgefängnisses geöffnet, in dem Terror-Verdächtige inhaftiert sind. Denn einige Tage zuvor kamen Gerüchte auf, die Inhaftierten würden ähnlich gefoltert werden, wie die Insassen des Abu Ghraib Gefängnisses im Irak. Menschenrechtsaktivisten und Oppositionsführer kritisieren allerdings diese Aktion, denn ihrer Meinung nach fänden Misshandlungen und Folterungen nicht auf dem Gefängnisgelände statt, sondern in geheimen Polizeizellen. Inhaftierte haben dem Vize-Minister für Innere Sicherheit, Noh, erzählt, sie seien gefoltert worden, bevor sie in das Gefängnis verlegt worden seien. »Zuerst wurde ich komplett ausgezogen und dann haben sie mir auf die Brust getreten. Sie packten mich im Nacken und schlugen mich immer wieder«, berichtet ein Gefangener, dem nachgesagt wird, er gehöre zur Jemaah Islamiyah Terror-Gruppe. Anderen Berichten zufolge

wurden einige Insassen auch zu sexuellen Handlungen gezwungen.

Trotz mehrerer solcher Aussagen streitet Noh immer noch ab, dass es in Malaysia Folterungen wie im Irak gibt, denn für ihn liegen keine eindeutigen Beweise vor.

Besonders interessant sind diese Tatsachen vor dem Hintergrund, dass Abdullah Ahmad Badawi die USA und Großbritannien scharf wegen deren Foltervorkommnissen verurteilt hat und ihnen vorhielt, dass es dafür auch keine Entschuldigung gäbe. Von Oppositionellen darauf angesprochen und mit den Vorwürfen belastet, Folterungen gäbe es in Malaysia schon seit Jahren unter dem Deckmantel des gefürchteten ISA-Programms, erwiderte Badawi, dass diese Vorwürfe unhaltbar seien und kein Vergleich zwischen den Camps mit den ISA-Inhaftierten und dem Abu Ghraib Gefängnis gezogen werden könne.

vgl.: AFP 25.5., 30.5.2004; Asia Times, 25.5.2004

Hausmädchen-Missbrauch

Seit der Veröffentlichung von Bildern der 19-jährigen Indonesierin Nirmala Bonat, die in einer malaysischen Familie als Hausmädchen gearbeitet hatte und fürchterlich misshandelt wurde, verschärft sich der öffentliche Druck, etwas für die Rechte ausländischer Angestellter zu tun. Es gibt zehntausende junger Mädchen wie Nirmala, die aus Indonesien oder den Philippinen kommen, um in reicheren Ländern wie Malaysia oder Singapur als Hausmädchen zu arbeiten. Doch anstatt einer geregelten Arbeit, einem schönen Zimmer und netten Arbeitgebern erwartet diese Mädchen nicht selten das totale Gegenteil. Körperliche und psychische Gewalt bei kleinsten Fehlern, die Weigerung der Arbeitgeber ihren Hausmädchen ausreichend Nahrung und Geld zur Verfügung zu stellen und das Verlangen nach ständiger Verfügbarkeit, ohne auch nur einen freien Tag für die Mädchen, sind in Malaysia nicht ungewöhnlich. Doch aus Angst, ihren Job zu verlieren und somit kein Geld mehr verdienen zu können, das sie ihren Angehörigen in der Heimat schicken können, lassen viele Mädchen diese Torturen über sich ergehen oder nehmen sich in den krassen Fällen das Leben.

Dennoch, der Fall Nirmala beschämt den Großteil der malaysischen Bevölkerung und macht sie wütend. Es werden sogar Vergleiche zu Folterungen im Abu Ghraib-Gefängnis gezogen. Diese heftigen Reaktionen tragen vielleicht zu einer besseren Situation für Hausmädchen bei. Nirmala wird das nicht mehr helfen; sie plant, in ihre Heimat zurückzugehen.

vgl.: BBC, 21.5.2004

Unis zu klein

In diesem Jahr werden viele junge Menschen nicht das geplante Medizinstudium antreten können, denn es gibt einfach nicht genügend Studienplätze. Dramatisch dabei ist, dass darunter 128 Anwärter sind, die die maximale Punktzahl beim Eingangstest erreicht haben, was weit über der Mindestanforderung liegt. Stattdessen haben diese Anwärter angeboten bekommen, Studiengänge wie Wasserwissenschaft oder Forstwirtschaft zu belegen. Die Wut ist groß. Selbst der Premierminister Badawi hat sich eingeschaltet und versucht, die Lage zu schlichten. Er appelliert an die jungen Anwärter, sich noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt zu bewerben beziehungsweise rät ihnen, bis zum 6. Juni 2004 beim Bildungsministerium und bei den entsprechenden Universitäten Einspruch einzulegen. Führende Politiker und Wirtschaftsleute äußerten sich bisher sehr skeptisch über diese Gegebenheit: »Ich will nicht, dass die geistigen Kapazitäten abfließen, weil es nicht gut für die Nation ist...«, so der Sportminister Ong. Zur Lösung des Problems wurde unter anderem vorgeschlagen, bei den privaten Universitäten wegen Studienplätzen nachzufragen. Doch auch diese sind restlos voll und haben eine nicht unbeachtliche Warteliste. Jetzt ist das Bildungsministerium gefragt, neue Studienplätze und damit verbunden neue Arbeitsplätze für Dozenten einzurichten. Zum jetzigen Zeitpunkt haben nur acht von 17 Universitäten eine Medizinische Fakultät.

vgl.: The Star, 1.6. 2.6.2004

Wahlen

Am 21. März 2004 fanden in Malaysia die elften allgemeinen Wahlen nach einem nur acht-tägigen Wahlkampf statt. Gewählt wurden nicht nur die 219 Abgeordneten des malaysischen Bundesparlaments, sondern auch die 505 Abgeordneten der Parlamente in zwölf Bundesstaaten.

Insgesamt gaben 73,3 Prozent der 10,3 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimmen ab. Dies ist die höchste Wahlbeteiligung seit 1986.

Das von Abdullah Ahmad Badawi geführte Regierungsbündnis Barisan Nasional (BN) erhielt 64,4 Prozent der Stimmen und damit 198 Mandate. Dieses entspricht 90,4 Prozent der Sitze im Bundesparlament. Die bisher stärkste Oppositions-

partei Parti Islam SeMalaysia (PAS) erlitt eine schwere Niederlage. Die Zahl ihrer Mandate sank von 26 auf sieben. Keadilan, die Partei des früheren Vize-Premierministers, Anwar Ibrahim, büßte fast ein Drittel ihres Stimmanteils ein und ist nur noch mit einem Sitz im Parlament vertreten. Die Democratic Action Party (DAP), die vornehmlich von der chinesischstämmigen Bevölkerung gewählt wurde, ist mit zwölf Abgeordneten die stärkste Oppositionspartei im Bundesparlament. Auf Landesebene spiegeln sich diese Ergebnisse im Großen und Ganzen wider.

vgl.: kas.de (Konrad-Adenauer-Stiftung), 24.3.2004; The Star, 4.4.2004; electionworld.org, 31.5.2004

Libysche Atom-Arbeiter ausgebildet

Malaysia hat zugegeben, dass libysche Arbeiter, die für das Atomwaffenprogramm ihres Landes eingesetzt wurden, heimlich in Malaysia ausgebildet wurden. Dies wurde bekannt als der Vizeminister für die Innere Sicherheit, Noh, das Gefängnis, in dem der Geschäftsmann aus Sri Lanka, B.S.A. Tahir, einsitzt, besuchte. Tahir verbüßt wegen der Involvierung in das illegale Atom-Netzwerk, welches von dem pakistanischen Atomwissenschaftler Abdul Qadeer Khan angeführt wird, eine zweijährige Haftstrafe. Ihm wird vorgeworfen, Komponenten für den Bau von Atomwaffen unter einem anderen Verwendungszweck herstellen lassen zu haben, und dass er heimlich die Aus-

bildung libyscher Techniker an Geräten zur Herstellung von Atomwaffen arrangiert hat.

Tahir wird nun aufgrund von ISA, dem umstrittenen Internal Security Act, für zwei Jahre festgehalten. ISA erlaubt es, Verdächtige ohne eine Verurteilung für eine Periode von zwei Jahren zu inhaftieren, wobei nach Ablauf dieser Zeit eine Verlängerung beantragt werden kann. Berichten zufolge haben die Vereinigten Staaten von Amerika die Festnahme Tahirs begrüßt und erklärt, dass dies zu einem Durchbruch bei der Zerschlagung von Khans illegalem Atom-Netzwerk führen könnte.

vgl.: AFP, 29.5., 30.5.2004; BBC, 28.5.2004; hipakistan.com, 30.5.2004

Diplomat verschwunden

Der 55-jährige südafrikanische Diplomat Cornelius Scholtz, genannt »Nicky«, war über eine Woche lang wie vom Erdboden verschluckt. Zuletzt gesehen wurde er in seinem Hotel in Kuala Lumpur. Erst eine halbe Woche später wurde sein Verschwinden entdeckt, als er zu seinen Terminen nicht erschien. Bei der Polizei wurde

sofort eine Fahndung nach ihm eingeleitet. Ohne Erfolg. Die wildesten Spekulationen über sein Verschwinden wurden infolge dessen aufgestellt. Doch auf mysteriöse Weise tauchte er am 30. Mai 2004 in einem Taxi wieder auf. Er berichtete, er sei entführt und in einem Appartement festgehalten worden. Erst einige Tage später hätten ihn

seine Entführer freigelassen und ihm 50 Ringgit gegeben, wovon er sich dann das besagte Taxi leistete. Abgesehen von einem blauen Auge ist Scholtz in einer guten körperlichen Verfassung. Die Polizei will jetzt genau wissen, was sich zugetragen hat und hofft auf Scholtz' Kooperation.

vgl.: AFP, 29.5.2004; The Star 31.5.2004

nachrichten

Anwar nicht auf Kautionsfrei

Malysias höchstes Gericht hat die Anfrage Anwar Ibrahims, ihn auf Kautionsfrei zu lassen, aufgrund des Sodomie-Vorwurfes abgewiesen. Der vorsitzende Richter sagte, es würde nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesgerichts fallen, ihm die Freilassung zu gewähren und außerdem wolle es auch nicht dem ausstehenden Revisionsverfahren bezüglich der Sodomieverurteilung vorgreifen. Anwar selbst ist sehr enttäuscht über diese Entscheidung und erwartet auch keinen fairen Prozess, da seiner Meinung nach die Richter voreingenommen seien. Dennoch will er nicht aufgeben und weiterhin für Demokratie und die Stärkung des Rechts kämpfen.

vgl.: AFP, 22.5.2004

Ostasien-Gipfel

Malaysia hat vorgeschlagen, einen Ostasien-Gipfel einzuberufen, um über sozioökonomische Angelegenheiten und über die internationale Sicherheitskooperation zu diskutieren. Der Premier-Minister Abdullah Badawi erklärte, in Zeiten der Globalisierung habe das Thema Internationale Sicherheit eine ganz neue Bedeutung bekommen und erfordere nun die volle Aufmerksamkeit der ASEAN-Staaten, Chinas und anderer in der Region ansässiger Staaten. Laut Badawi soll eine gemeinsame Position bezüglich der regionalen Sicherheitsinteressen auf diesem Gipfel erarbeitet werden.

vgl.: The Star, 30.5.2004